

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Gießener
Universitäts- und Buch- und Steinbrücker
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 551.
Redaktion: 55112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

251. Sitzung, Donnerstag, den 7. Mai.

Am Tische des Bundesrats: Kühn, Bischoff, Jansen.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. Zur Beratung steht zunächst ein vom Abg. Sped (Zentr.) eingebrachter Gesetzentwurf, der die Unpfändbarkeit der Aufwandsentschädigungen an Hinterbliebenen Familien von Soldaten festsetzt. Die Vorlage ist von Mitgliedern aller Parteien unterstützt.

Abg. Sped (Zentr.)

empfiehlt den Gesetzentwurf. Es handelt sich um Zuwendungen ganz persönlicher Art. Sie dürfen nicht gepfändet werden. Aus sozialen Gründen sollten wir für diese Familien sorgen, da darf man diese Wohlthat nicht wieder zurücknehmen.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Befoldungsnovelle.

Abg. Beck (Natl.)

berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Die Regierung hat die Kommissionsentschlüsse für unannehmbar erklärt. Die Kommission hielt es vor allem für notwendig, sich der gehobenen Unterbeamten anzunehmen. Ferner hat sie die höheren Postbeamten berücksichtigt. Diese Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden. Ein Abweichen von diesen Forderungen ist nicht möglich.

Staatssekretär Kühn:

Den Gang der Verhandlungen in der Budgetkommission hat der Vortrager dargelegt. Ich habe namens der verbündeten Regierungen die Erklärung zu wiederholen die ich in der Kommission bereits abgegeben habe, dahin, daß, wenn der Reichstag dem Entwurf in der Form, wie er die Kommission verlassen hat, zustimmen sollte, die verbündeten Regierungen ihrerseits dem Entwurf die Genehmigung erteilen müssen. (Bewegung.) In der Kommission hat man erklärt, daß das ein Scheitern der Vorlage bedeute, daß dieses Scheitern eine weitgehende Zustimmung im Lande hervorgerufen würde, daß aber die Verantwortung hierfür allein die verbündeten Regierungen triffe. (Lebhafter Beifall.) — (Unruhe.) Ob dieses „sehr richtig!“ draußen im Lande einen Wiederhall finden wird, ist mir sehr zweifelhaft, es ist aber die Veranlassung, weshalb ich mich verpflichtet fühle, noch einige Bemerkungen folgen zu lassen.

Im vorigen Jahre hat der Reichstag eine Novelle zur Befoldungsordnung beschlossen, der die verbündeten Regierungen zustimmen, um einem langjährigen Wunsch des Reichstags hiermit zu entsprechen. Trotz der großen Bedenken, die gegen jede Änderung der seit langem bestehenden Befoldungsordnung bestehen, trotz der Bedenken, die namentlich dagegen zu erheben sind, in kurzen Zwischenräumen mehrere Änderungen einander folgen zu lassen, haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, in diesem Jahre eine neue Vorlage zu bringen, die abgesehen von einigen kleineren Änderungen die Konsequenzen ziehen sollte aus der von ihnen beschlossenen Novelle des Vorjahres, und die außerdem, ebenfalls einem Wunsch des Reichstags entsprechend, die Verhältnisse der Dedoffiziere neu regeln sollte. Eine Meinungsverschiedenheit besteht zwischen den beiden gleichgeordneten Faktoren insofern nicht, als wir alle der Ueberzeugung sind, daß den Beamten, die in der Novelle aufgeführt waren, eine Aufbesserung zuteil werden soll. Eine Meinungsverschiedenheit, und zwar eine tiefgehende, besteht nur in der Beziehung, daß der Reichstag noch weitere Beamtenklassen zu bedenken wünscht und die Regierung dies nicht für richtig hält. Ich weiß nicht einmal, ob die Meinungsverschiedenheit, die ich als tiefgehend bezeichnete, eine grundsätzliche zu nennen ist. Denn mindestens bei einem Teil der gehobenen Unterbeamten, haben die Regierungen in keiner Form und in keinem Stadium der Verhandlungen erklärt, daß sie in einer Aufbesserung dieser Beamtenklassen im Prinzip entgegenstünden. (Unruhe.) Was sie erklärten, war immer nur das, daß zuerst auf die Anregungen des Reichstags nicht eingegangen werden könne. Das sind sachliche Gründe, die Sie anerkennen müssen. Jede Änderung der Befoldungsordnung über die wohlbedachten Grenzen hinaus würde zu weiteren Konsequenzen führen. Diese Konsequenzen bestehen nicht bloß für das Reich, sondern auch für die Bundesstaaten, schließlich auch für die Kommunen.

Alle diese Fragen müssen aufs Genaueste und Sorgfältigste geprüft werden, ehe man ihnen eine entsprechende Vorlage unterbreiten kann. In dem Augenblick ist das nicht möglich, es muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Es ist wohl zu verstehen, wenn der Reichstag noch einige Wünsche hat, daß noch weitere Beamtenklassen mit einer Gehaltsaufbesserung berücksichtigt werden. Es sind Wünsche, die sich mit den Wünschen in den Kreisen der verbündeten Regierungen begegnen. Die Regierungen lassen sich in der Sorge um ihre Beamten von niemandem übertreffen. (Bewegung.) Sie würden mit einem entsprechenden Vorschlag an Sie herantreten, sobald die Voraussetzungen dafür erledigt sind und die Möglichkeit besteht, die Maßregel auch durchzuführen. Aber was ich nicht verstehe, das ist: weil einige Beamtenklassen, von denen die Vorlage nicht spricht, nicht berücksichtigt werden sollen, deshalb auch die übrigen Klassen unberücksichtigt zu lassen, deren die Vorlage gedacht hat. Ich kann nicht verstehen, warum, wenn man in dem Augenblick, wo man den gehobenen Unterbeamten eine Zulage nicht gewähren will, deshalb auch die Landbesitzer einer Zulage verlustig gehen sollen, wenn man die Verhältnisse der Eisenbahner in Elbstadt-Köthen erst in einiger Zeit regeln will, deshalb auch die Regelung der Bezugsverhältnisse der Dedoffiziere ins Ungewisse hinausgeschoben werden soll.

Diese Gesichtspunkte, glaube ich, rechtfertigen die Bitte — die dringende Bitte — die ich jetzt an Sie richten möchte, im Interesse des Zustandekommens der Vorlage Ihre ablehnende Haltung aufzugeben und dem Entwurf, wie ihn die Regierung hier vorlegte, zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.):

Die Schuld liegt bei der Regierung. Die Befoldungsordnung von 1909 war völlig unzulänglich, daher jetzt die Lücken. Die Forderung ist so allgemein, daß die Beamten mit ihrem Gehalt nicht auskommen. Ein Zurückgreifen oder Nachgeben ist für uns völlig unmöglich, da die Kommissionsbeschlüsse schon das Mindeste dessen darstellen, was den Unterbeamten gewährt werden muß. Wie lange wird sich der Reichstag diese Behandlung seitens der Reichsregierung noch gefallen lassen?

Mit der Taktik der Regierung, früh Vogel oder Hirsch, muß endlich aufgeräumt werden. Wenn Preußen es an der nötigen Fürsorge für seine Beamten fehlen läßt, so braucht doch das Reich nicht dasselbe zu tun. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung.)

Abg. Roden (Zentr.):

Wir sind nicht in der Lage, die Vorlage anzunehmen ohne die wenigen beschriebenen Änderungen, die wir in der Kommission beschließen haben. Schüller an Schüller mit den anderen Parteien haben wir diese Verbesserungen angenommen und haben andere Wünsche zurückgestellt, um die Vorlage nicht scheitern zu lassen. Um so mehr sind wir überrascht von dem einseitigen Entschluß des Bundesrats, der auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigen will. Das muß große Unzufriedenheit in Beamtenkreisen hervorrufen. Aber auch das erfreuliche gemeinsame Vorgehen der bürgerlichen Parteien wird in Frage gestellt. Fast scheint es, als ob die verbündeten Regierungen darauf keinen Wert legten. Wir hoffen aber trotzdem, daß die Regierungen schon im kommenden Jahre unsere Forderungen erfüllen werden.

Abg. Vassermann (Natl.):

Durch die Einigung der Parteien ist die große Zahl der an uns herangetretenen Forderungen auf ein bescheidenes Maß zusammengekommen. Die Regierungen können nicht behaupten, daß ihnen der jetzige Reichstag unbekannt ist. In der Konfessionsfrage und im Epionage-Gesetz sind wir ihnen, so schwer es uns wurde, weit entgegengekommen. Warum stellen sich dann die Regierungen hier auf den inkompetenten Standpunkt: Früh Vogel, oder Hirsch? Ich verleihe es nicht, daß sie kein Verständnis für die politische Bedeutung eines einstimmigen Beschlusses des Reichstages haben. Sie sollten es sich wohl überlegen, demgegenüber hart zu bleiben. Denn jeder Abgeordnete wird draußen im Lande mit vollem Recht die Schuld an dem Scheitern des Gesetzes den Regierungen zuschieben. Ich empfehle die einstimmige Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. Cretel (Natl.):

Ich schließe mich diesem Wunsch vollkommen an. Leicht ist uns diese Zustimmung nicht geworden. Die Beschlüsse der Kommission sind maßvoll und begründet. Wir haben schon früher ähnliche Wünsche geäußert für die Landbesitzer und andere Unterbeamten. Wir bleiben also nur konsequent. Das Scheitern der Vorlage muß allerdings eine tiefe Bestimmung in Beamtenkreisen hervorrufen. Und diese Bestimmung wird nach allem Wahrscheinlichen noch um eine Nuance berechtigter und intensiver sein. Sie wird wie eine Hochflut auf uns einströmen. Die Wünsche der Beamten müssen einmal erfüllt werden — wann, das wissen die Götter und der Reichssekretär. (Große Heiterkeit.) Ich habe in diesen Tagen Schicksalsteil eingegeben (Große Heiterkeit) — ich meine, hier im Hause, um den Wünschen der zahlreichen Rentner zu entsprechen. Hoffentlich kommt es zwischen der zweiten und dritten Lesung zu einer Verständigung. Wir haben den guten Willen dazu. Hoffentlich zeigt uns auch der Schatzsekretär! (Beifall rechts, Heiterkeit und Unruhe.)

Staatssekretär Kühn:

Der Abg. Vassermann hat gefragt, warum sich die Regierungen heute so streng ablehnend verhalten, während sie im Jahre 1913 bei der großen Befoldungsvorlage im weitesten Maße entgegengekommen sind. Ich bitte Sie dabei zu berücksichtigen: Damals lag die Sache so, daß die ganze große Vorlage scheitern mußte, wenn die Regierungen den Wünschen des Reichstags nicht nachgegeben hätten. Heute liegt die Sache so, daß die Vorlage scheitern muß, wenn der Reichstag sich nicht auf den Standpunkt der verbündeten Regierungen stellt. (Große andauernde Heiterkeit.) Ich muß betonen, daß die verbündeten Regierungen es niemals abgelehnt haben, die gehobenen Unterbeamten besser zu stellen. Es sind aber Erwägungen darüber angestellt, in welchem Umfange auch andere Beamtenkategorien berücksichtigt werden sollen. Diese sachlichen Erwägungen erfordern aber längere Zeit für den Abschluß der Vorarbeit. So ist es den Regierungen nicht möglich, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Ich glaube auch wirklich, daß wir hiermit eine Basis bezeichnet haben, die von allen bestritten werden kann. Abnehmen möchte ich auch, was von verschiedenen Seiten gesagt wurde, es seien für uns überwiegend oder allein finanzielle Gründe maßgebend gewesen. Das ist nicht der Fall. Wenn man meine ersten Ausführungen aufmerksam verfolgt, wird man mir recht geben.

Abg. Kopisch (Rp.):

Die Regierung bleibt immer nur frei, wenn es sich um Ausgaben handelt. Bei neuen Ausgaben gibt sie gern nach, besonders wenn Gelderforderungen in Frage kommen. Die Regierung hat nichts getan, um eine Einigung mit dem Reichstag zu erzielen. Wir haben zahlreiche Wünsche zurückgestellt, um die Vorlage nicht zu gefährden. Die Regierungen haben sich durch die preussische Regierung beeinflussen lassen. Weil Preußen nicht aufhört zu will, daß es das Reich auch nicht. Das bedauern wir. Die Beamten sind in bedrängter Lage. Sie werden die Haltung der Regierungen nicht verstehen. Der Reichstag steht einmütig hinter den Forderungen der Beamten. Unser Beamtenstand steht einzig in der Welt da. Darum haben wir die Pflicht, berechtigten Wünschen dieser Beamten zu entsprechen. Wir hoffen an den Beschlüssen der Kommission fest. Die Regierungen sollten es sich dreimal überlegen, ob sie bei ihrem Nein bleiben.

Abg. Schulz (Rp.):

Wir möchten die Hoffnung auf eine Verständigung nicht aufgeben. Allerdings, als wir die heutigen Reden und auch den ersten Teil der Rede des Herrn Dr. Cretel hörten, waren wir fast hoffnungslos. Im zweiten Teil seiner Rede hat Dr. Cretel aber mit einer Geschicklichkeit und Gewandtheit gewisse Möglichkeiten angedeutet, die man sonst nur bei Zentrumsrednern findet. (Große Heiterkeit.) Und die eine Verständigung erhoffen läßt. Diejenigen Beamten, die in der Regierungsvorlage berücksichtigt waren, werden ihre Scheitern nicht der Regierung zur Last legen. Um so notwendiger ist eine Verständigung auch im Interesse der durch den Fortfall der Ostmarkenzulagen schwer geschädigten Beamtenklassen.

Abg. Dr. Haegh (Elbinger):

Den Reichsbeamten ist seinerzeit gesagt worden, daß sie nicht schlechter stehen sollen als andere Reichsbeamte. Dieser Zusatz widerspricht der Bestimmung des Gesetzes, daß ihr nicht pensionsfähiger Zuschuß insoweit wegfallen soll, als die durch das Gesetz erhöhten Gehaltsätze, die bisher geltenden Sätze in den

einzelnen Gehaltsstufen übersteigen. Das kann niemals ein elend-lathringischer Abgeordneter stimmen. Im übrigen bedeutet das Gesetz einen Fortschritt.

Abg. Werner-Hersfeld (Deutsch-völkische Part.):

Im Interesse der kleinen und Unterbeamten rechnen wir auf eine Verständigung bis zur dritten Lesung.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Einstimmlich der Reichsbeamten werden wir dieselbe unerschütterliche Regelmäßigkeit zeigen, wie hinsichtlich der gehobenen Unterbeamten. In diesen Beratungen hat der Reichstag eine bewundernswürdige Mäßigkeit gezeigt.

Die Befoldungsvorlage wird in der Kommissionsfassung einstimmig angenommen.

Der Militärstat.

(Dritter Tag.)

Preussischer Kriegsminister v. Falkenhahn:

Am Schluß der gestrigen Sitzung hat Dr. Liebknecht sich in einigen Punkten mit meinen Ausführungen zu dem Stuttgarter Protokoll beschäftigt. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß ich den Dr. Liebknecht in meinen Ausführungen mit keinem Wort erwähnt habe, aus dem einfachen Grunde, weil ich gar nicht wollte, daß er bei dieser Stuttgarter Sitzung zugegen gewesen ist und dort sogar eine Hauptrolle gespielt hat. Mittlerweile habe ich mir heute früh mit einiger Mühe den offiziellen Bericht über die erste internationale Konferenz der Jugendorganisationen verschaffen können. In diesem Bericht sind folgende Punkte, von denen ich gestern gesprochen habe, enthalten: Das wesentliche Ziel der antimilitaristischen Propaganda ist die Verhinderung des militaristischen Geistes usw. Ferner: Tadelndes wäre es, die für den Militarismus unzuverlässigen Elemente, die zur Desorganisation beitragen, von der Armee fernzuhalten, wodurch deren Gefährlichkeit vermehrt wird; sorgen wir dafür, daß die internationale Jugendbewegung in dem antimilitaristischen Kampfe eine ehrenvolle Rolle spielt.

Schließlich wird auch noch der Punkt, den ich auch erwähnt habe, in dem Protokoll angeführt, daß die Gründung der Jugendorganisation für den antimilitaristischen Kampf ganz besonders geeignet sei. (Unruhe und Zurufe bei den Soz.: Wo steht das vom Abg.?) In einem Punkt habe ich in diesem Protokoll die Befähigung dessen, was ich gestern sagte, nicht gefunden, nämlich: wir haben die jungen Leute gegen jeden Dienst mit Waffe und Blut vor der Waffe zu erhalten. (Rufe bei den Soz.: Wo! — Große Unruhe.) Ich habe Dr. Liebknecht gestern gesagt, daß ich ihm mitteilen würde, aus welchem Material ich diese Angaben habe. Ich kann das heute ruhig tun. Es ist kein Spiebelmaterial, mit betriebligen Angelegenheiten befaßt sich die Generalverwaltung nicht. (Große Unruhe, Lärm und Widerspruch bei den Soz.) Es sind die verschiedensten Publikationen, die ich — (Lärm bei den Soz., Zurufe: Reichsverband!) Nein, es sind die großen Berliner Zeitungen, die ich Ihnen sofort senden kann und gegen die von sozialdemokratischer Seite nicht der geringste Einspruch erhoben worden ist. (Erneuter großer Lärm bei den Soz., Unruhe.)

Hätte ich diese Angaben begründen können, so würde ich ganz gewiß den Tag nicht ausgeprochen haben. Denn zur Charakterisierung dessen, was ich charakterisieren wollte, ist es durchaus ungenügend, nach dem, was in dem Protokoll — in dem offiziellen Protokoll — steht. (Lebhafter Zustimmung rechts.) — Lärm bei den Soz.: — Zuruf des Abg. Liebknecht: Sie haben das ja gar nicht verstanden! Im übrigen wird Dr. Liebknecht mir, glaube ich, nicht beistimmen wollen, daß er die hier erwähnten Worte in ganz ähnlicher Verbindung bei anderen Gelegenheiten gebraucht hat. Die ganze Sache ist also — (mit erheblicher Stimme) ein Streich um Worte. (Großer Lärm bei den Soz., lang andauernde Unruhe.) Hier kommt es aber nicht auf die Worte an, sondern auf die Sache, die hier in diesem Protokoll, dem offiziellen Protokoll, charakterisiert ist. Diese Sache legt mir die Pflicht auf, gegen Ihre Befähigung mit allen meinen Kräften zu kämpfen. (Lebhafter Beifall rechts, andauernder Lärm bei den Soz.)

Abg. Stüdem (Soz.):

Der Kriegsminister gibt heute zu, daß mein Freund Liebknecht das nicht gelobt, was der Kriegsminister gestern behauptet hat. Wenn er das Material seinem Verstande dankt, dann täte er gut, es aufzugeben. Leider hat der Kriegsminister die Setzungen nicht geteilt. Wir wissen, daß es die Reichsverbandspresse ist, deren Schlußbeile wir nicht fortwährend richtig stellen können; soviel Personen haben wir nicht. Der Kriegsminister hat gestern gesprochen wie bei der Fahnenerhebung eines Kriegervereins. Der Kriegsminister will sparen. Sein Weg zur Sparsamkeit führt durch die Viktorienstraße. (Heiterkeit.) Der General auf die 8800 Mann, die nicht eingestellt werden konnten, wird ein Anreiz für die Militärsanität sein, neue Heeresverbände zu verlangen. Der Ueberfluß des Wehrbeitrages soll angeblich für Zement und Beton für Festungsbauten verwendet werden. Ich bin überzeugt, daß wir bis dahin schon eine neue Wehrevorlage haben werden. Die Doppelhaken, mit denen Sie die Wehrevorlage belastet haben, sind oberflächlich. Das tatsächlich Erreichte ist nur eine Kleinigkeit, am System wurde nichts geändert. Im Vorjahre haben wir die Streichung überflüssiger Adjutantensposten verlangt. Der Prinz Friedrich Leopold hat allein fünf Adjutanten. Statt vier zu streichen, hat man seinen drei jugendlichen Söhnen, von denen wir höchstens hören, daß sie mit ihren Automobilen Kinder überfahren, je einen Adjutanten gegeben, so daß der Prinzenfamilie vier Adjutanten geblieben und nur einer gestrichen wurde. Der Glaube, daß die Militärbehörden die Soldatenmishandlungen beseitigen wollen, fehlt uns. Die Verhandlungen werden nicht aufhören, solange man die Soldatenmishandlungen nicht davonjagt.

Der Redner erzählt einen Fall des Selbstmordes eines Unteroffiziers, der durch Schläge seines Hauptmanns in den Tod getrieben wurde. In Luckenwalde hat sich ein Referendar wegen andauernder Schikanierung erschossen. Die Schimpfwörter mancher Offiziere sind so schlimm, daß ein Wehrtribunal ihnen schämen würde. Solche Offiziere erzeugen die Erbitterung der Soldaten, nicht wir. In neuester Zeit wird als Soldatenmishandlung das Austrocknenlassen von Spundkäpfen modern. Mehr zehntausend Soldaten haben sich seit Bestehen des Reiches das Leben genommen, und annähernd 3000 Jahre Gefängnis wurden seitdem erteilt. (Hört! Hört! bei den Soz.) Daß einige Offiziere die Rettungsmedaille erhalten, entschuldigt doch die nicht, die Soldaten mishandeln. Die neue Verordnung über den Waf-

Fengedank ist kein Schritt, sogar teilweise eine Verschlechterung des jetzigen Zustandes. Derartige muß durch Gesetz geregelt werden. Die Kommandogewalt hat damit gar nichts zu tun. Wegen ein Breisungs- und Informationsministerium, das lediglich Zeitungen liest und Informationen erteilt, hat niemand etwas einzuwenden. Aber dieses Bureau hat Pamphlete gegen alle Parteien des Reichstages, ausgenommen die Konservativen, verstreut. Als Muster scheint dem Kriegsminister die „Märkische Post“ vorzuweisen, die in ganz gewöhnlicher Weise sehr geschickt die öffentliche Meinung beeinflusst. Derartige wollen wir nach den gemachten Erfahrungen aber nicht. Aus dem Auslandsbureau würde wieder eine offizielle Meinungsfabrik werden.

Das laienmännliche Leben kann verabschiedete Offiziere doch nur in beschränkter Nähe verwenden. Reverbieren werden sie sich sogar bei den Gewerkschaften. Soll die Gewerkschaft den verabschiedeten Offizier etwa zu Streikposten verwenden? (Große Heiterkeit.) Aus den wichtigsten Gründen wird die große Frage der Pensionierung in Bewegung gesetzt. Wir haben über 100 pensionierte Generale. Sie könnten einen eigenen Kriegsrat bilden. (Heiterkeit.) Anstatt dessen machen sie sich nachher unangenehm bemerkbar, die Herren Reim, Brodum, Krauß, der noch ausgereift ist. Ein General ist noch keine militärische Autorität an sich. Es gibt auch Obergenerale. Wir haben einen General, der es im aktiven Dienst bis zum Leutnant gebracht hat — Herr von Bethmann Hollweg. (Große Heiterkeit.) Jetzt sollen die Oberoffiziere einen besonderen wissenschaftlichen Rang haben. Damit wird wieder ein neuer Unterschied zwischen Garde- und Provinzoffizieren geschaffen. Au dem interessanten General Deimling müssen wir uns jedes Jahr beschäftigen. Er hält Angriffsreden gegen unseren französischen Nachbar und wohnt an der Spitze seiner Offiziere einer Parade im Strahburger Wehrverein bei. Das ist Politik in der Arme. Ueber den Fall des Medallens Stöcker ist der Kriegsminister ebenfalls falsch unterrichtet. Daß man die Belästigung für unsere Partei als unmoralisch bezeichnet, diese Beschimpfung verbitten wir uns. (Heiterkeit.)

Der Herr Kriegsminister hat keine guten Früchte gebracht. Sind etwa die republikanischen Offiziere feindselig und der Schweiz unmoralisch? In der Schweiz hat es sogar ein sozialdemokratischer Offizier, der seinen obersten Kriegsherren Wache gestanden. Die heutigen Offiziere werden sich im Krieg nicht mehr erziehen lassen. Das haben die letzten Kriege schon bewiesen. Es entstand eine förmliche Anarchie, weil die Truppen nichts zu essen hatten. Die Offiziere und Scharenführer waren Antimilitaristen, waren Reformen wie wir. Das Heer von 1813 war ein Volksheer. Die schließlichen Vorkämpfer haben die Schlachten geschlagen, nachher bei der Parade waren sie dem König zu schuldig angeordnet. Die Völker wollen den Frieden gegen die dramatisierenden Generale und chauvinistischen Zeitungen. Es ist eine furchtbare Leide. Im warmen Zimmer am Schreibtisch zu sitzen und für das Vaterland zu sterben. (Heiterkeit.) Sollen wir die Gewehre beschlagnahmen, mit denen möglicherweise auf uns geschossen werden soll? Die Angriffe des Kriegsministers berühren uns nicht. Die Sozialdemokratie steht viel zu hoch, als daß der Kriegsminister sie beleidigen könnte. (Vizepräsident Debe rügt den Redner.) Wir werden den Kampf gegen den Kriegsminister und seine Verwaltung mit aller Schärfe weiterführen. Und Sieger bleiben wir. (Beifall der Sozial., Linken rechts.)

Kriegsminister v. Falkenhahn:
Nur einige tatsächliche Feststellungen: Ich habe nicht die Sozialdemokratie unmoralisch genannt, sondern alle die Verfechter, das Heer, den Schul unserer Vaterlande, zu desorganisieren. Der Abgeordnete hat mich gefragt, ob ich denn die Reden des hier vielgenannten Stöcker gelesen hätte. Der Herr Abgeordnete ist vielleicht nicht darüber orientiert, daß derartige Angelegenheiten von den Zivilisierungsbehörden in Gemeinschaft mit den Militärsabteilungen von unten herauf bis zum obersten untersucht werden. Herr Stöcker hat dann gesagt, es hinge von dem Chef des Militärsabteilung ab, wann die nächste Militärparade komme. Der Chef der Militärverwaltung hat mit den Militärsabteilungen in seinem Arbeitsgebiet nichts zu tun. (Lachen der Sozial.) Es wurde dann erklärt, es wäre erstaunlich, daß wir 38.000 Taugliche übrig behalten hätten. Wahr-

scheinlich hätten wir die Tauglichen von drei Jahren zusammengezählt. Das trifft nicht zu. Im vorigen Jahre blieben 38.000 Taugliche übrig. Und zwar ist das der Fall, weil früher entsprechend dem Bedarf ausgehoben wurde. Durch eine Verfügung meines Vorgängers im Jahre 1905 wurden die Erziehungsbefehle erst angewiesen, daß sie alle Tauglichen auf die Tauglichkeitslisten zu setzen hätten.

Dann hat der Abgeordnete, um die schrecklichen Zustände in der Arme zu schildern, darauf hingewiesen, daß seit 1870 über 50.000 Jahre Juchhans und Gefangnis verteilt worden wären. Es ist schade, daß er nicht bis zum Jahre 1763 zurückgegangen ist, dann wäre die Zahl noch größer. (Heiterkeit rechts.) Im übrigen entbehren die Zahlen jeder Unterlage, denn die Kriminalstatistik über die militärischen und diejenige über die bürgerlichen Delikte enthält keinerlei Angabe über die Höhe der wegen einzelner Straftaten erkannten Strafen. In der Tabelle der Kriminalstatistik für das Heer sind nur gewisse Grenzen bei den einzelnen Straftatensätzen angegeben, nicht aber die Höhe der einzelnen Strafen.

Herr Stöcker hat dann darauf hingewiesen, daß die Selbstmorde in der Arme durch die schrecklichen Mißhandlungen gesteigert werden. Die Selbstmordzahl in der Arme beträgt für die letzten 10 Jahre 0,34 Proz. und für die Zivilbevölkerung beträgt sie 0,36 Proz. (Hört, hört! rechts.) — Unruhe der Sozial. und Linken: Beim Militär handelt es sich nur um junge Leute! Auch bei der Zivilbevölkerung sind nur Leute im Lebensalter von 20 bis 25 Jahren berücksichtigt. Es wurde dann hingewiesen auf die Verabschiedung eines Offiziers, der eine Zeitlang geisteskrank gewesen wäre. Eine einmal überstandene geistige Krankheit macht nicht unfähig und garmindertunfähig. Der Redner hat ferner hier darauf Bezug genommen, daß gestern von einem Redner neue Kavallerieregimenter verlangt wurden, um dann an ihre Spitze Kavalleriedivisionshöfe zu stellen. Ich mache darauf aufmerksam, daß diese Kavallerieregimenter ja bereits vorhanden sind.

Abg. Hstör (Zentr.):
Die zweite Brandrede, die wir heute gehört haben, hat keinen Eindruck gemacht und wird auf das deutsche Volk keinen Eindruck machen. (Lebh. Beifall von rechts und in der Mitte, Unruhe d. d. Sozial.) Unter Volk wird sich seine Freude und seinen Stolz an der Arme nicht verkümmern lassen. (Unruhe und Lärm d. d. Sozial., Leb. Beifall auf den übrigen Banken.) Wir sind auch gegen Mißhandlungen. Wir vertrauen aber darauf, daß es gelingen werde, sie einzudämmen. Es lebt ein guter Geist in der Arme, und so lange er besteht, können wir auf lange Jahre hinaus sagen: Lieb Vaterland, magst ruhig sein. (Lachen und ironische Hurrobrufe.) Die Wahl von 1907 hat konfessionelle Zwistigkeiten in die Kriegervereine getragen. Viele brave deutsche Krieger sind damals durch die Agitation in ihrem Innersten verletzt worden und deshalb aus dem Kriegerbund ausgestiegen. Wir haben Vertrauen zum Kriegsminister und bitten ihn, diese Spaltungen zu beseitigen. Eine äußere Einigung, die den inneren folgen muß.

Abg. Dr. Goetting (Natl.):
Die sozialdemokratischen Reden werden höchstens jenseits der Grenzen bei den Franzosen Freude hervorrufen. Die Zuhörer Ereignisse sind doch nur eine Episode, die durch schnelles Eingreifen bald geschlossen werden könnte. Die Reaktivierung werden wir hoffentlich bald überwinden. Die Einigung der Kriegervereine und die Belebung der Jugendbewegung können dazu dienen. Die Regelung des Waffengebrauchs ist angemessen. Den allen Offizieren sind wir dank schuldig und müssen deshalb alle Mühe für sie haben. Die Einrichtung der Bezirkskommandos könnte in dieser Richtung reformiert werden. So ist es nicht einzusehen, weshalb die Bezirksoffiziere nicht aktive Offiziere bleiben sollen. Zu befragen ist, daß der Kriegsminister sich der Sanitätsoffiziere annehmen will.

Wir wollen jetzt aber auch der Veterinäroffiziere gedenken. Die Bedeutung ihrer Tätigkeit hat sich bedeutend geändert. Das muß auch Ausdruck in ihrer Stellung, den Rangverhältnissen usw. finden. An die Spitze des Veterinärwesens sollte, wie beim Sanitätsdienst, ein Hochmann gesetzt werden. Offensichtlich gelingt es, die auch hier bestehenden Lücken rasch auszufüllen. Die neue

Karriere der Offiziere der Bekleidungsämter muß ebenfalls im Auge behalten werden. Die Beförderungsverhältnisse sind heute sehr wenig auskömmlich trotz des schwierigen Studiums, dem sich die Herren unterziehen müssen.

Kriegsminister v. Falkenhahn:
Die sehr dankenswerten Anregungen des Herrn Redner werden von der Heeresverwaltung in der eingehendsten Weise geprüft werden.

Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):
Versucht in einer persönlichen Bemerkung in längeren Ausführungen über die Stuttgarter sozialdemokratische Jugendkonferenz zu sprechen.

Präsident Dr. Kaempf:
Infolge der zahlreichen längeren persönlichen Bemerkungen der letzten Tage, habe ich festgestellt, was seit Beginn des Reichstags als persönliche Bemerkung bezeichnet wurde. Sie soll eine Abwehr gegen einen Angriff sein, aber nicht neue Angriffe bringen. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Liebknecht:
Woher kamte die Notiz des Kriegsministers? (Ein Kommissar überreicht dem Redner eine Zeitung. — Große Heiterkeit.) Sie fand also in der „Täglichen Rundschau“, im Redner dieses Jahres. (Als der Redner weiter ausführlich über die Jugendkonferenz spricht, erklärt Präsident Dr. Kaempf: Ich kann Ihnen das Wort hierzu nicht weiter lassen! — Leb. Beifall.)

Dr. Liebknecht weist dem Kriegsminister Verständnislosigkeit vor und erhält einen Ordnungsruf.

Freitag 10 Uhr: Anfrage, Antrag Sped., Militärstat.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

8. Mai 1914

Dr. 37

Bekanntmachung.
Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Landgemeinden des Kreises.

Ueber die ordnungsmäßige Ausübung einer ganzen Reihe im vorigen Jahre genehmigter Bürgerrechte sind Ihre Kreisämter noch nicht hinreichend unterrichtet worden. Wir legen Ihnen hiermit eine Liste der Bürgerrechte bei, die Ihnen bekannt sein müssen. Sollte eine Verleihung der Bürgerrechte noch nicht erfolgt sein, so ist dieselbe alsbald zu veranlassen.

Dr. 37, 1. Mai 1914.

Bekanntmachung.
Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Landgemeinden des Kreises.

Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Landgemeinden des Kreises ist eine Angelegenheit, die von großer Wichtigkeit ist. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen.

Dr. 37, 1. Mai 1914.

Bekanntmachung.
Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Landgemeinden des Kreises.

Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Landgemeinden des Kreises ist eine Angelegenheit, die von großer Wichtigkeit ist. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen.

Dr. 37, 1. Mai 1914.

Bekanntmachung.
Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Landgemeinden des Kreises.

Die Verleihung von Ehrenbürgerschaften der Landgemeinden des Kreises ist eine Angelegenheit, die von großer Wichtigkeit ist. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen. Sie ist eine Ehre für die Bürger, die sie erhalten, und eine Ehre für die Landgemeinden, die sie verleihen.

Dr. 37, 1. Mai 1914.